

„Die Oberschule soll nicht überfrachtet sein“

Fraktionschefs von CDU und FDP verteidigen Reform / Grüne: Verwirrung durch kurzfristige Änderungen

Von Giorgio Tzimurtas

Hannover – In der Abitur-Frage will sich Niedersachsens Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) noch nicht festlegen. Zunächst soll es im Zuge der Schulreform zwar keine Oberstufe an Oberschulen geben, die über einen gymnasialen Zweig verfügen. Doch: Die Option bleibt. „Wir werden uns die Entwicklung in einigen Jahren noch einmal ansehen“, sagte er gestern in Hannover dieser Zeitung.

Trotz der grundsätzlichen Offenheit für eine künftige Abi-Möglichkeit an Oberschulen, sagt Althusmann im Fall von Dinklage: Er halte es dort „für nicht sinnvoll“. Der Minister verweist auf umliegende Gym-

nasien in Lohne und Damme. Er rät den Dinklagern aber, die Chance zu nutzen, eine Oberschule mit Gymnasial-Zweig bis zur zehnten Klasse einrichten zu können. In Barßel jedenfalls will man diesen Weg gehen, um endlich ein gymnasiales Angebot zu haben.

Die Abkehr vom ursprünglichen Plan, an Oberschulen mit Gymnasial-Zweig ab 54 Schülern auch eine Oberstufe zuzulassen, war von den Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP überraschend in der vergangenen Woche vollzogen worden. Die Grünen-Abgeordnete Ina Korter erhebt den Vorwurf: Die



Björn Thümler

Regierungsfraktionen würden „für massive Irritationen bei den Schulträgern“ sorgen. Althusmann räumt gegenüber dieser Zeitung ein: „Der Ablauf

dieser Änderung war optimierungsfähig.“

Korter ist auch überzeugt, die Regierungsparteien seien vor dem Philologenverband „eingeknickt“, der eine Konkurrenz zu den Gymnasien fürchtete. Thümler begründet die Wende mit dem Argument: „Wir wurden von vielen Praktikern darauf hingewiesen, das Modell



Ina Korter

nicht zu überfrachten.“ Man müsse nun abwarten, wie sich das entfrachtete Modell entwickle. Ziel der Oberschule sei es, angesichts rückläufiger Einwohnerzahlen im ländlichen Raum eine wohnortnahe Beschulung zu ermöglichen.

Althusmann, Thümler und der FDP-Fraktionschef Christian Dürr hatten zuvor in einer Pressekonferenz über den neuen Stand der schwarz-gelben Schulreform informiert. An der Einrichtung einer Oberschule gebe es ein reges Interesse, sagten Thümler und Dürr. Das veranschauliche die Zahl von mittlerweile 94 Interessenten. Das Mo-

dell werde „angenommen“, sagte Thümler. Die Fraktionschefs von CDU und FDP gaben zudem diese Neuerung bekannt: Nunmehr unabhängig von der Schülerzahl sollen bis 2015 alle bereits verbundenen Haupt- und Realschulen die Möglichkeit haben, sich in eine Oberschule umzuwandeln. Bei der Einrichtung eines Gymnasialzweigs (bis Klasse zehn) sind mindestens 27 Schüler erforderlich, für den zusammengefassten Haupt- und Realschulbereich je 28.

Bereits zum 1. August 2011 soll es Oberschulen im Land geben. Althusmann nannte den Zeitplan „ambitioniert“. Er zeigte sich überzeugt, dass die „intensive Vorbereitung an den Schulen bis Juli“ glatt laufe.